

WELT SAUBER!

GEGEN
NAZIS

Die Lügen der NPD

Hinter den populistischen Parolen
lauert die Gewalt

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

VERPISST EUCH!

Inhalt

Einleitung	5
1. Demokratie statt Volksgemeinschaft	9
2. Gleichwertigkeit statt Rassismus	13
3. Soziale Rechte für alle statt Ausgrenzung	15
4. Erinnerung statt Geschichtsverfälschung	19
5. Gleichberechtigung statt Heimchen am Herd	21
6. Friedenspolitik statt Militarismus	23

IN DIESEM WALD LAGERTEN
IM APRIL 1945 TAUSENDE
HÄFTLINGE DER KZ SACHSEN-
HAUSEN UND RAVENSBRÜCK.
HUNDERTE WURDEN HIER VON
DEN FASCHISTEN ERMORDET.

ME NSCHEN SEID IHR

POLIZEI

Sie sollen nicht ungestraft davonkommen:
Kriminaltechniker stellen neofaschistische Schmierereien sicher.

Einleitung

Neofaschismus und Gewalt von rechts sind seit Jahren ein Dauerproblem in Deutschland. Die Wahlerfolge von NPD und DVU in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern verdeutlichen den Anstieg der Gefahr von rechts: Mehr als 17 000 Straftaten von Angehörigen der extremen Rechten wurden im Jahr 2006 erfasst – die Dunkelziffer liegt noch viel höher.

Seit 1990 sind mehr als 130 Menschen von Nazis getötet oder ermordet worden. Zahlreich sind die Regionen in Deutschland, in denen Menschen, die nicht in das Weltbild der neuen Nazis passen, Angst um ihr Leben haben müssen. Ein solcher Zustand ist unerträglich und inakzeptabel!

Nach außen stellt sich die NPD als biederer Anwalt der Bürgerinnen und Bürger dar. Intern arbeitet sie eng mit gewalttätigen Neofaschisten und den sogenannten Kameradschaften zusammen. Einige dieser Neofaschisten sitzen in den Parlamentsfraktionen der NPD.

Die Gewalttaten der Neofaschisten gegen politische Gegner, gegen Menschen anderer Herkunft, gegen Homosexuelle und Obdachlose haben in den letzten Jahren eine verheerende Spur hinterlassen, ohne dass sich die NPD von diesen Taten distanziert hätte. Im Gegenteil: Sie ermutigt und fördert durch ihre Politik Rassismus, Antisemitismus und die Verherrlichung des Faschismus.

Wahlkampf aber macht sie mit anderen Themen: »Arbeit zuerst für Deutsche«, »Weg mit Hartz IV«, »Gegen den Globalisierungswahn«, »Stoppt das globalkapitalistische System« – so oder ähnlich lauten die Parolen, mit denen sie vielen Menschen offensichtlich so aus dem Herzen spricht, dass diese der NPD ihre Stimme geben.

Erfolgreich sind die Neofaschisten damit besonders in jenen Regionen des Landes, in denen die Menschen von der realen sozialen Krise am schlimmsten betroffen sind. Hier haben viele die Hoffnung, die Politik könnte ihre Situation verbessern, schon längst aufgegeben. Verdrossenheit über Politikerinnen und Politiker sowie über die immer weitere Aushöhlung der Demokratie sind Wasser auf die Mühlen der Neofaschisten. Sie wollen ein

anderes politisches System: eines ohne konkurrierende Parteien, ohne frei gewählte Parlamente und vor allem ohne Minderheitenrechte.

Die NPD verspricht viel, ohne immer deutlich erkennen zu lassen, was sie damit meint. Doch was steckt hinter den Parolen und Phrasen? Welche Botschaften transportieren sie? Welches Handeln und welches Denken? Wie ist diesem neofaschistischen Tun und Denken entgegenzutreten? Diesen Fragen müssen sich alle Demokratinnen und Demokraten stellen. DIE LINKE gibt Antworten.



Empörte Bürger gegen Neofaschisten:
2004 beim Einzug der NPD in den sächsischen Landtag.



Mit Courage und Humor gegen Dumpfbacken:
Protest gegen eine NPD-Demo 2006 in Bad Nenndorf.

1. Demokratie statt Volksgemeinschaft

Die NPD sagt von sich, sie sei demokratisch. Ihr Ziel aber ist die Abschaffung der Demokratie. Nicht der Meinungsstreit, die Vielfalt der Interessen sind das Anliegen der NPD, sondern eine einheitliche, uniforme »Volksgemeinschaft«. Parteien und die unterschiedlichsten Interessengruppen sind für die NPD Ausdruck der Zersplitterung des Volkes. Sie sollen, ebenso wie die Parlamente, abgeschafft werden. An ihre Stelle soll der starke Mann treten, ein Führer, der das Volk repräsentiert:

»Wir wollen das liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. Ein solches plebiszitäres Präsidialsystem würde die deutsche Politik aus dem Würgegriff der Blockparteien und der eigensüchtigen Interessengruppen befreien.« (Aus: »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, NPD Die Nationalen«, 2006, Seite 32)

Das historische Vorbild der NPD ist die Endphase der Weimarer Republik, als der Reichspräsident ohne Berücksichtigung von Parteien und Parlament mit diktatorischen Vollmachten regieren konnte. Der Weg in die Führerdiktatur war damals und ist für die NPD auch heute vorgezeichnet.

Die NPD wendet sich an eine angebliche »Volksgemeinschaft«, die sie als eine uniforme, biologisch festgelegte Masse sieht. Alle angeblich Fremden, Nicht-Deutschen, sollen aus dieser »Volksgemeinschaft« entfernt werden. Nicht für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in all ihrer Unterschiedlichkeit macht die NPD Politik, sondern für ein rassistisch definiertes deutsches Volk. Wer im Verständnis der NPD nicht zu diesem deutschen Volk gehört, soll nicht mitreden dürfen.

»In eine Volksgemeinschaft kann man nicht einfach ein- oder austreten wie in einen Sportverein, man wird in sie hineingeboren. (...) Ein Afrikaner, Asiat oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert.« (Aus: »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, NPD Die Nationalen«, 2006, Seite 12)

Dieser Rassismus ist aus der Geschichte bekannt. Schon einmal sollten alle angeblich »Fremden« aus Deutschland gedrängt werden. Zum Feind werden heute die Schwächsten im Land erklärt. Für die Arbeitswelt heißt das: Gegner sind nicht die Kapitaleigner und die Profiteure des Kapitalismus, sondern an erster Stelle die Kolleginnen und die Kollegen, die selbst oder deren Eltern nicht in Deutschland geboren wurden.

DIE LINKE setzt dagegen die Ausweitung der Demokratie, die Förderung des Meinungsstreits und der demokratischen Beteiligung auf allen Ebenen. Der oft berechtigten Enttäuschung über eine Politik, die sich nicht den realen Problemen der Menschen widmet, will DIE LINKE durch stärkere Beteiligung aller in allen Lebensbereichen begegnen.

Es genügt nicht, nur alle paar Jahre bei Wahlen ein Kreuz machen zu dürfen. Die Möglichkeit zur Mitsprache und zum Mitentscheid muss immer und auf allen Ebenen bestehen: im Stadtteil, in der Kommune, im Land, aber auch im Betrieb, in der Schule, überall da, wo die Menschen leben, arbeiten und lernen.

Demokratie heißt, unterschiedliche Interessen anzuerkennen und sie nicht mit dem Gerede von einer angeblichen »Volksgemeinschaft« zu ignorieren. Die Aufgabe der LINKEN ist es, den Ausgegrenzten und Benachteiligten eine Stimme zu geben und deren Interessen ins Zentrum der Politik zu stellen.

DIE LINKE unterscheidet dabei nicht nach der Herkunft der Menschen, nach dem Ort ihrer Geburt. Wer in Deutschland lebt soll einen gerechten Anteil am Reichtum des Landes haben. Wir alle erarbeiten diesen Reichtum, er ist vorhanden und muss gerecht verteilt werden! DIE LINKE unterscheidet zwischen unten und oben, zwischen arm und reich – nicht nach der Herkunft der Menschen, die hier leben.

*Ausgewählte Initiativen der
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:*

- *Stärkung der direkten Demokratie (Volksentscheide)*
- *Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung*
- *Wahlrecht für dauerhaft in Deutschland lebende Migranten und Migrantinnen*



Wehret den Anfängen: Nach dem Handgranaten-Anschlag auf ausländische Sprachschüler, 2000 in Düsseldorf.



2. Gleichwertigkeit statt Rassismus

Zum Wesen des Neofaschismus gehört, dass seine Anhänger zwischen höher- und niederwertigen Menschen unterscheiden. DIE LINKE hingegen orientiert sich strikt an Artikel 1 und Artikel 3 des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar, und zwar aller. Niemand darf wegen seiner Abstammung, seiner Herkunft, seines Glaubens oder seiner politischen Anschauungen benachteiligt werden.

Rassismus, die Abwertung, Ausgrenzung und Vertreibung anderer Menschen, gehört zum Denken und Handeln neofaschistischer Anhänger. Rassismus ist eine Ideologie, die wissenschaftlich unhaltbar ist. Praktisch ist aus dieser Ideologie heraus keine Welt vorstellbar, in der alle Menschen miteinander, gut und in sozialer Sicherheit leben. Stattdessen prägt in der Ideologie der Rechten der Kampf der Völker und Nationen um die Herrschaft die Geschichte und die Zukunft. Deshalb zeigt, wenn es um die sozialen Probleme in Deutschland geht, die NPD auch sofort auf jene, die nach ihrer Meinung nicht dazugehören dürfen.

»Wer nur noch, völlig unterschiedslos, »Menschen« – aber keine Deutschen mehr kennt, den kann es auch nicht empören, wenn er in westdeutschen Großstädten verarmte deutsche Rentner in Müllheimern nach Pfandflaschen angeln sieht, während hinter ihnen staatsalimentierte orientalische Großfamilien oder arrogante Wohlstands-Neger daherstolzieren!« (Aus der Rede von Holger Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD, im Sächsischen Landtag am 9.5.2007)

Für die Neofaschisten sind Menschen nach Rasse, Abstammung und Blut zu unterscheiden. Die Biologie eines Menschen bestimmt nach dieser Auffassung seinen Wert.

»Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben.« (Aus: »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, NPD Die Nationalen«, 2006, Seite 12)

DIE LINKE geht von der Gleichheit aller Menschen aus, egal, wie unterschiedlich sie sind. »Gleichheit in der Differenz« bedeutet, dass alle Menschen unendlich viele Fähigkeiten und Potenziale besitzen. Die Aufgabe linker Politik ist es, eine Gesellschaft zu

gestalten, in der die Menschen diese Potenziale entfalten können. Links sein heißt, internationalistisch zu sein und über den Teller-
rand des eigenen Landes hinauszuschauen. Politische und soziale
Rechte müssen weltweit für alle Menschen gleichermaßen gelten.
Dafür kämpft DIE LINKE in Deutschland und, zusammen mit
Gleichgesinnten, auch in anderen Ländern und auf anderen
Kontinenten.

*Ausgewählte Initiativen der
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:*

- Ein umfassendes Integrationskonzept für ein
gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander*
- Erleichterte Einbürgerung und Möglichkeit
der Mehrstaatlichkeit*
- Forderung nach Erstellung eines Aktionsplans gegen
Rassismus durch die Bundesregierung*

3. Soziale Rechte für alle statt Ausgrenzung

Seit die soziale Schere in Deutschland immer weiter auseinandergeht, spielt sich die NPD zum Anwalt der »kleinen Leute« auf. Mit Parolen wie »Weg mit Hartz IV« stilisiert sie sich zu einer antikapitalistischen oder gar (national) sozialistischen Partei. Diese Anleihen bei den Linken sind aus der Geschichte bekannt, aber sie waren schon bei den so genannten »Nationalsozialisten« nichts als Bauernfängerei.

Die NPD fährt mit ihrer antikapitalistischen Attitüde Wahlstimmen ein und punktet damit an den Stammtischen. Doch im Parteiprogramm klingt das alles ganz anders:

»Ziel nationaldemokratischer Wirtschaftspolitik ist die Synthese von unternehmerischer Freiheit und sozialer Verpflichtung. Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum.« (Aus: »Parteiprogramm der NPD, Punkt 4«, 10. Auflage 2004)

»Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates, dessen Belastungen für alle Schaffenden zum Alldruck werden, verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial.« (Aus: »Parteiprogramm der NPD, Punkt 7«, 10. Auflage 2004)

Und was bietet die NPD als Lösung für die sich verschärfende soziale Frage an? Rassismus und Ausgrenzung:

»In Zeiten der Massenarbeitslosigkeit muß jede weitere Aufnahme von ausländischen Arbeitsplatzkonkurrenten und Sozialschnorrern unterbunden werden und die Ausländerrückführung in Angriff genommen werden.« (Aus: Argumente für Kandidaten & Funktionsträger, NPD Die Nationalen, 2006, Seite 6)

DIE LINKE sagt: Schuld an der sozialen Misere sind nicht die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten oder eine anonyme Globalisierung. Schuld ist eine Wirtschaftsordnung, die unendliche Reichtümer produziert, den Ertrag dieser Arbeit aber nur wenigen Menschen zugute kommen lässt. Schuld ist eine Politik, die ständig eine Umverteilung von unten nach oben vornimmt. Und Schuld ist eine Weltwirtschaftsordnung, die wenige reiche Länder noch reicher macht und den größeren Teil der Menschen in Armut hält.



An diesen Zuständen will DIE LINKE prinzipiell etwas ändern. Sie greift die Mächtigen an, die von diesen Zuständen profitieren – nicht die Schwachen, die ohnehin oft am Rand der Gesellschaft stehen. Mit Rassismus und Ausgrenzung erreicht man keine bessere Welt, sondern betreibt das Geschäft derer, die Ungleichheit zementieren wollen. Der Neofaschismus propagiert diese Ungleichheit als einen Gewinn.

*Ausgewählte Initiativen der
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:*

- *Zahlreiche Anträge zur Überwindung von Hartz IV*
- *Anträge zur Einführung eines Mindestlohns*
- *Gerechte Besteuerung der Unternehmen und eine Umverteilung von oben nach unten*



Ehemaliges KZ Sachsenhausen, 2004:
Schüler besuchen die Ausstellung »Medizin und Verbrechen«.

4. Erinnerung statt Geschichtsverfälschung

Die NPD-Führung weiß, dass die Verherrlichung und Verklärung des deutschen Faschismus und die Leugnung des Holocausts in der Öffentlichkeit auf Ablehnung stößt. Aus taktischen Gründen versucht die NPD deshalb, diese Thematik in ihrer Außendarstellung in den Hintergrund zu drängen.

»Solange man eine Null-Komma-Partei ist, ist eine solche Auseinandersetzung [um den Holocaust] nicht zu leisten. Die muss später erfolgen. Seit den Zeiten Roms wissen wir, dass der Sieger die Geschichte schreibt. Im Übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern ihre Alltagsprobleme, wie etwa Hartz IV.« (Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, September 2004)

Der deutsche Faschismus ist nach wie vor das zentrale Thema, um Bindung an die und Identifikation mit der NPD zu stiften. Zu keinem anderen Thema kann die Partei so viele Anhänger mobilisieren. Romantisierende Schriften über den Nationalsozialismus bilden nach wie vor den Hauptteil der Angebote des parteieigenen Verlages. Auch menschenverachtende, den Holocaust verleugnende Einstellung der Parteimitglieder finden sich immer wieder.

»Die einzigen anständigen Menschen, die in Dachau umgekommen sind, waren die Männer der Waffen-SS!« (Michael Praxenthaler, ehemaliger bayrischer NPD-Funktionär, am 7.10.2000)

»Für uns ist das kein Holocaust-Gedenkmal, sondern wir bedanken uns dafür, das man uns dort jetzt schon die Fundamente der neuen deutschen Reichskanzlei geschaffen hat.« (Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender über das Berliner Holocaust-Mahnmal, April 2004)

DIE LINKE erteilt jeder Verklärung des Faschismus eine Absage. In den Vernichtungslagern des faschistischen Deutschen Reiches wurden über sechs Millionen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Christinnen und Christen, Kommunistinnen und Kommunisten, Sozialistinnen und Sozialisten und andere, die nicht in das Weltbild der Nazis passten, ermordet. In dem von Deutschland zu verantwortenden Zweiten Weltkrieg starben zwischen 55 und 60 Millionen Menschen.

DIE LINKE engagiert sich für eine Politik, die alles unternimmt, damit in Deutschland nie wieder ein Terrorregime wie das der Nazis Angst und Schrecken verbreitet. Dazu gehört ein angemessenes Gedenken an die Opfer des Faschismus und an all diejenigen, die sich diesem Regime mit den unterschiedlichsten Mitteln widersetzen oder als Verfolgte Opfer wurden. Und dazu zählt eine Politik, die demokratische und antifaschistische Werte vermittelt.

*Ausgewählte Initiativen der
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:*

- Finanzielle Absicherung der NS-Gedenkstätten*
- Entschädigung der »vergessenen« Opfer des Faschismus und Anerkennung aller Formen des Widerstands gegen den Faschismus*
- Keine Vermischung des Gedenkens an DDR-Vergangenheit und Faschismus*

5. Gleichberechtigung statt Heimchen am Herd

Ginge es nach der NPD, hätten Frauen allein am Herd ihren Platz. Zwar beteuert die Partei, auch berufstätige Frauen zu akzeptieren und gründete 2006 sogar eine Frauenorganisation, doch das bedeutet nicht, dass sich das Frauenbild der Partei gewandelt hat. Vielmehr hat die NPD erkannt, dass ihr Frauen neue Mitglieder und obendrein Stabilität sowie »fleißige Helferinnen« im Hintergrund bescheren.

Mehr aber nicht. Faktisch haben Frauen in der NPD nach wie vor nichts zu sagen, in Führungspositionen sind sie kaum vertreten. Der gesamte Parteiapparat ist von Männern dominiert. Das Frauenbild ihrer Mitglieder ist stark von den Rollenvorstellungen des Dritten Reiches geprägt: Frau hat sich primär als Mutter und als Ergänzung des Mannes zu verstehen. Dass Frauen sich außerhalb betätigen wollen, bezeichnet die NPD in ihrem Parteiprogramm als reine Emanzipationspropaganda:

»Die Leistung der Hausfrau und Mutter ist mit keiner Arbeitsleistung anderer Berufe zu vergleichen. (...) Sie sollte nicht aus finanziellen Gründen außerhalb arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.« (Aus: Parteiprogramm der NPD, Punkt 2, 10. Auflage 2004)

»Verbiegen wir Männer und Frauen – sie nennen es Emanzipation – töten wir aber in den Frauen ein Stück ihrer Weiblichkeit und blockieren bei den Männern die Entfaltung ihrer Männlichkeit.« (Udo Pastörs, Fraktionschef der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, 2007)

»Wir danken auch unseren hervorragenden Frauen, die alles für die Partei gegeben haben. Vom Servieren der Getränke bis zum Wäsche waschen.« (Udo Pastörs, Fraktionschef der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, 2006)

DIE LINKE und alle aufgeklärten Menschen wissen: Eine Rollenverteilung, die Frauen auf das »Heimchen am Herd« reduziert, folgt nicht angeblich »natürlichen Gesetzen«, sondern ist das Produkt Jahrhunderte langer Frauenunterdrückung.

DIE LINKE engagiert sich für eine Gesellschaft, in der alle, unabhängig von ihrem Geschlecht, das Recht auf gleiche Teilhabe haben. Dies beinhaltet die Freiheit, das Leben nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Die Frage der Berufstätigkeit oder der Kindererziehung soll nicht nach gesellschaftlichen Konventionen und ökonomischen Zwängen beantwortet werden, sondern eine individuelle Entscheidung von Männern und Frauen sein.

Dank des kontinuierlichen Drucks linker und frauenbewegter Gruppen können sich mittlerweile selbst konservative Kreise der Forderung nach Gleichberechtigung der Frauen nicht mehr vollständig entziehen. Doch trotz der Fortschritte, die erreicht wurden, haben Frauen im alltäglichen Leben bis heute mit erheblichen Diskriminierungen zu kämpfen: Ihre Erwerbsbeteiligung ist nach wie vor geringer als die der Männer und ihr durchschnittliches Einkommen liegt mindestens 20 Prozent unter dem der Männer. Die vermeintlichen Reformen auf dem Arbeitsmarkt während der vergangenen Jahre haben diese ungleiche Teilhabe am Erwerbsleben sogar noch verschärft.

DIE LINKE tritt für eine vollkommene Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein. Dafür sind Maßnahmen und gesetzliche Regelungen notwendig, die Gerechtigkeit im Erwerbsleben schaffen, die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ermöglichen, die Gewalt, auch häusliche, bekämpfen und geschlechtliche Diskriminierungen abschaffen.

Ausgewählte Initiativen der

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:

- *Gleiche Entlohnung von Frauen in der Arbeitswelt*
- *Ausreichende und beitragsfreie Kinderbetreuung*
- *Anerkennung und rechtliche Gleichbehandlung homosexueller Paare*





G-8-Kritiker 2007 in Helligendamm:
Weltweit gegen Rassenhass, Militarismus und Nationalismus.

6. Friedenspolitik statt Militarismus

Öffentlich spricht sich die NPD gegen Krieg und Imperialismus aus. Gelegentlich suchen die rechten Parteigänger sogar die Nähe zu friedenspolitischen Aktionen und Demonstrationen – erinnert sei nur daran, wie NPD-Parteimitglieder versuchten, an Kundgebungen linker Gruppen gegen den Irak-Krieg teilzunehmen. Doch Antrieb für ein derartiges Engagement ist keineswegs die Forderung nach einer gerechten und friedlichen Weltordnung. Die NPD demonstrierte nicht gegen den Irak-Krieg, sondern für den irakischen Diktator Saddam Hussein und zugleich gegen die USA und Israel. Sie tat dies, weil sie die USA für das Zentrum einer »jüdischen Weltverschwörung« hält. Getragen wird das nur punktuelle Engagement der NPD gegen den Krieg also von Antisemitismus und Antiamerikanismus.

»Wenn die deutsche Regierung eine Marionette imperialer Machtbestrebungen der USA ist, dann muss auch der Frage nachgegangen werden, wer hinter dieser Weltmacht steht und uns denn in Wirklichkeit kontrolliert, die amerikanische Rüstungsindustrie, die Regierung in Tel Aviv oder gar beide?« (Udo Voigt, NPD-Bundesvorsitzender, in DS, Nr. 10/2002)

Die NPD ist nicht grundsätzlich gegen kriegerische Interventionen und manche ihrer Ziele laufe auf künftige Kriege geradezu hinaus:

»Deutschland ist größer als die Bundesrepublik! [...] Wir fordern die Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Grenzenerkennungsverträge.« (Aus: Parteiprogramm der NPD, Punkt 10, 10. Auflage 2004)

In der von der NPD geforderten permanenten Konkurrenz zwischen den »Völkern und Nationen« ist Krieg Teil der Politik. Eine Welt ohne Krieg und Kampf ist für die Neofaschisten unvorstellbar. Selbstverständlich ist ihnen, dass Deutschland eine Vormachtstellung in Europa haben soll, wobei auch ein Krieg mit den Nachbarstaaten Deutschlands nicht ausgeschlossen wird. DIE LINKE setzt auf Solidarität mit den Menschen in den armen Ländern der Erde und steht für eine Politik des Ausgleichs und der gleichberechtigten Beziehungen mit anderen Staaten. Der Heuchelei der NPD setzt DIE LINKE Friedenspolitik entgegen: Sie ist strikt gegen jeden Krieg. Sie lehnt Militarismus und die Durchsetzung deutscher Interessen mittels Krieg und Militär ab.

Sie hat ein grundsätzlich anderes Sicherheitsverständnis: Eine alternative Strategie des Friedens muss auf die Beseitigung der Konfliktursachen gerichtet sein.

*Ausgewählte Initiativen der
Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag:
- Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr
(zum Beispiel in Afghanistan)
- Menschen statt Profite – Nein zu G8
- EU-Politik muss Friedenspolitik sein*

Weiterführende Informationen:

Alle parlamentarischen Initiativen und politischen Positionen der Fraktion DIE LINKE finden Sie unter www.linksfraktion.de

Anfrage, Initiativen und Reden zum Themenfeld
Rechtsextremismus finden Sie auch unter:
www.petrapau.de
www.ulla-jelpke.de

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer
Redaktionsschluss 15. Januar 2008

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de